

Beschränkung des Handels am Busbahnhof

OB antwortet auf SPD-Antrag

Am geplanten Fernomnibusbahnhof in Vaihingen soll die Verkaufsfläche des Einzelhandels kleiner als 800 Quadratmeter sein. Das hat der Oberbürgermeister in einer Stellungnahme zu einem SPD-Antrag bekräftigt. Dazu kommen einzelhandelsnahe Dienste.

Von Jürgen Brand

Über die Verlagerung des Busbahnhofs aus der Stadtmitte nach Vaihingen wird seit Monaten heftig diskutiert. Nach dem Grundsatzbeschluss durch den Gemeinderat für einen neuen Fernomnibusbahnhof (FOB) beim Vaihinger Bahnhof konzentrieren sich die Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Stadt nun auf die in dem Neubaukomplex geplanten Handelsflächen. Die Gegner befürchten, das zusätzliche 3000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche dort bestehende Geschäfte im Stadtbezirk gefährden könnten.

Oberbürgermeister Wolfgang Schuster hat nun in seiner Antwort auf einen SPD-Antrag für etwas mehr Klarheit gesorgt. „Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass auf Basis des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts und im Speziellen zur Sicherung der Nahversorgung in Vaihingen und zur Sicherung des Gewerbegebiets Wallgraben vor gebietsfremden Nutzungen der Einzelhandel im FOB beschränkt werden muss“, so Schuster. „Die Verkaufsfläche des Einzelhandels muss in der Summe unterhalb der Großflächigkeit von 800 Quadratmetern liegen. Die Gesamtfläche des Einzelhandels und der einzelhandelsnahen Dienste darf maximal 2800 Quadratmeter Bruttogeschossfläche betragen.“ Zu solchen Diensten gehören Reisebüros, Banken, Friseursalons und gastronomische Betriebe. „Darüber hinaus ist die Verwaltung der Meinung, dass Betriebe des Einzelhandels und der einzelhandelsnahen Dienste ausschließlich im Erdgeschoss der zukünftigen Bebauung unterzubringen sind. Es wird ein kleinteiliges, bahnbezogenes Einzelhandelsangebot angestrebt.“

Der OB sichert in seiner Stellungnahme auch zu, dass ein Verkehrskonzept für den Betrieb des FOB in Vaihingen erarbeitet wird. Die Stadtverwaltung hat bereits drei Ingenieurbüros aufgefordert, entsprechende Angebote dafür abzugeben.

Auf die Forderung der SPD-Gemeinderatsfraktion, den FOB in Verantwortung der Stadt zu betreiben, heißt es in der Stellungnahme allerdings: „Die Stadt wird durch geeignete Regularien sicherstellen, dass der FOB durch einen seriösen und verantwortungsvollen Betreiber betrieben wird.“

Lang
din
dama
imme
ihrer
rer L
läche
in di
Bubil
der F
Elisa
zert-
nicht
Mutt
sen s
dem

gezei
auch
hatte
Haus
can
Rück
Haar
Scher
ich n
Walt
hat
„Wei
juger
einer
heute
denk
Tag
und
wohl
Kind
uns
aben
habe
Du
stim
Den
noch

